

B+ DEBATTENPROJEKT „WIDER DIE HEILIGEN KÜHE“

Heilige Kuh „Rüstung“ und „Bundeswehr“: Das teure Streben nach der Wehrhaftigkeit

Deutschland rüstet auf – ein kostspieliges Unterfangen, das hinterfragt werden sollte. Denn die hohen Schulden könnten die deutsche Gesellschaft erdrücken.
Ein Gastbeitrag.



Boban Dukic

09.11.2025

🔄 10.11.2025, 08:39 Uhr



Ein Kampfpanzer Leopard 2 A6 fährt am 02.10.2013 bei einer Bundeswehrübung in Bergen (Niedersachsen).

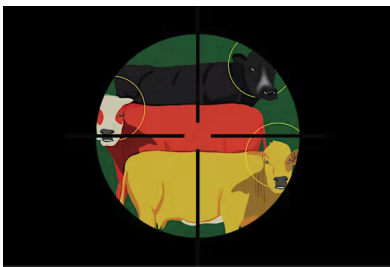
Peter Steffen/dpa

Eine neue heilige Kuh, also ein unantastbares Mantra, das seit Beginn des Ukraine-Krieges Einzug in die deutsche Gesellschaft gehalten hat, lautet in etwa:
Deutschland muss unbedingt wieder wehrhaft werden. Denn wenn Russland erst den Donbass erobert hat, wird es vermutlich auch Dresden und Düsseldorf ins Visier nehmen, so der implizite Tenor der Leitmedien. Dafür existieren zwar keine eindeutigen Nachweise, aber nichtsdestotrotz hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass Putins Truppen, angetrieben von den unersättlichen Eroberungsfantasien des Kreml-Chefs, in ein paar Jahren kurz vor der Oder stehen könnten oder zumindest das Baltikum oder Polen angreifen werden. Darauf gilt es, sich vorzubereiten.

Bei einem Großteil der Politiker, Sicherheitsexperten und Medien, die uns fast täglich in den politischen Talkshows und Leitartikeln mit Aussagen zur notwendigen Wehrtüchtigkeit des Landes behelligen, hat sich dieser Glaubenssatz fest eingebrannt. Auch bei der

Bundesregierung ist das so, bei der grünen Opposition sowieso. Wer widerspricht, gilt schnell als naiv oder als „Putin-Versteher“. Vor allem das unermüdliche Sendungsbewusstsein prominenter Vertreter der Wehrhaftigkeits-Werber, wie der FDP-Europarlamentarierin Marie-Agnes Strack-Zimmermann oder des CDU-Bundestagsabgeordneten Roland Kieseewetter, zeugt von einer enormen Dringlichkeit, die geradezu penetrant wirkt. Widerspruch nicht erwünscht.

Die Annahme, dass Deutschland rasch aufrüsten müsse, dient dabei als Rechtfertigung für milliardenschwere Militärinvestitionen. Gleichzeitig steigt auch der Druck aus Washington, wo ein unbequemer US-Präsident höhere Nato-Ausgaben verlangt. Eine jahrelange Unterfinanzierung der Bundeswehr hat den Zustand der Streitkräfte verschärft, und nun müssen teure Nachrüstprogramme die Lücken schließen, so das Mantra.



Roshanak Amini/Berliner Zeitung

DAS DEBATTENPROJEKT

Dies ist ein Text zum Projekt „Wider die heiligen Kühe“ der Berliner Zeitung. Aus Anlass des 35. Jahrestages der deutschen Einheit und zum 36. Jahrestag des Mauerfalls prüft die Redaktion, was Deutschland ändern und welche Grundregeln das Land überdenken muss, um als geeinte Nation wieder erfolgreich und für die Zukunft gewappnet zu sein.

Aufrüstung auf Pump

Um die Bundeswehr schnell auszurüsten, wurde zunächst im Jahr 2022 unter der Ampelregierung von Kanzler Olaf Scholz ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro eingerichtet. Diese erste Sonderschuld diente dazu, die marode Bundeswehr kurzfristig mit dringend benötigtem Material, Munition und moderner Ausrüstung zu versorgen; das Geld ist mittlerweile bereits voll verplant – mit überschaubaren Resultaten. Die aufgestauten strukturellen Probleme lassen sich eben nicht mit läppischen 100 Milliarden Euro lösen.

Das ist ein klarer Auftrag für die schwarz-rote Merz-Regierung, die den Begriff des Sondervermögens übernommen hat und den Ampelvorgängern zeigt, dass sie beim

Schuldenmachen besser sein will. Eine Grundgesetzänderung – mit Hilfe einer abgewählten Parlamentsmehrheit in einem verfassungsrechtlich fragwürdigen Verfahren – ermöglichte die Schuldenaufnahme einer gigantischen Summe, um deren Rückzahlung sich die kommenden Generationen kümmern können: 500 Milliarden Euro für die marode Infrastruktur, also notwendige Investitionen, die, wenn sie denn richtig eingesetzt werden, das Land modernisieren und für die Zukunft wappnen könnten.

Darüber hinaus wurde die Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben gelockert. Ausgaben, die ein Prozent des BIP überschreiten, sind künftig von der Schuldenbremse ausgenommen. Eine beliebig hohe Verschuldung für Verteidigungsausgaben ist somit möglich – und, so die CDU, gesellschaftlich nötig!



B+ Behzad Karim Khani über Migration: Nach Deutschland geht man, wenn man keine Wahl hat

Politik 08.11.2025



B+ Heilige Kuh „Bildung“ – Berlin zahlt zu viel und lernt zu wenig: Wie die Stadt ihre Zukunft verspielt

Debatte 07.11.2025



Hohe Ausgaben, begrenzter Nutzen

Die Dimension der Ausgaben ist enorm. Für das kommende Jahr plant Deutschland, 81,8 Milliarden Euro neue Schulden aufzunehmen. Zählt man Sonderausgaben für Verteidigung (24,1 Milliarden Euro) und Infrastruktur (37,2 Milliarden Euro) hinzu, ergibt sich ein Gesamtvolumen von 143 Milliarden Euro. Damit werden die Maastricht-Kriterien der EU zur Staatsverschuldung auch von Deutschland überschritten.

Auch der Bundesrechnungshof kritisiert die Haushaltspläne der Bundesregierung. In einem Gutachten zum Etatentwurf 2026 hieß es, dass „der Bund strukturell über seine Verhältnisse lebt“. Die Rechnungsprüfer sehen die Gefahr einer Schulden Spirale und werfen Finanzminister Klingbeil vor, dass er „plant, 2026 jeden dritten Euro ‚auf Pump‘ zu finanzieren, was von einer soliden Finanzplanung weit entfernt ist“. Die aktuelle deutsche Staatsverschuldung (ca. 64 Prozent des BIP) ist verglichen mit Frankreich (113 Prozent) und leider auch vielen anderen Staaten der EU zwar noch kalkulierbar und stabil, aber die Tendenz geht in die falsche Richtung.

Die berechnete Frage lautet daher: Wie viel Sicherheit lässt sich mit dieser Schuldenlast tatsächlich kaufen, und welchen Preis zahlt die Gesellschaft dafür in anderen Bereichen? Die enormen Summen verdeutlichen, dass Deutschland bereit ist, immense finanzielle Risiken einzugehen, ohne dass der Nutzen für die Verteidigungsfähigkeit klar absehbar ist.

Jetzt müssen externe Berater helfen

Denn mehr schuldenfinanziertes Geld bedeutet nicht automatisch mehr Sicherheit oder eine qualitativ bessere Bundeswehr, wie jüngst beim Desaster um die Aufrüstung mit digitalen Funkgeräten exemplarisch gezeigt wurde. Für die neue Ausstattung, die zur digitalen Vernetzung von Truppe, Waffensystemen und Fahrzeugen notwendig ist, sind 20 Milliarden Euro vorgesehen. Der Einbau der angeschafften neuen Geräte in die über 200 verschiedenen Fahrzeugtypen der Bundeswehr verzögert sich massiv. Der Vorgang ist so komplex, dass oftmals langwierige Handarbeit erforderlich ist. Ganz zu schweigen von zusätzlichen Problemen bei der Software.

Um mehr als 16.000 Fahrzeuge umzurüsten, würden Jahre vergehen. SPD-Verteidigungsminister Pistorius, der aufgrund der schleppenden Modernisierung zunehmend in die Kritik gerät, möchte die andauernden Probleme daher neuerdings über externe Beraterfirmen lösen. Das verursacht zusätzliche Kosten in Höhe von 156,7 Millionen Euro. Kein Problem – man hat es ja. Noch!

Wer profitiert von den Milliarden?

Wenn der Verteidigungsminister trotz neuer Milliardenschulden nicht in der Lage ist, die gewünschte Truppenstärke herzustellen – Probleme bei der Rekrutierung sind hier noch nicht einmal thematisiert – und angesichts der heranrückenden russischen Armee, die sich Meter für Meter durch die ukrainische Front nach Deutschland vorkämpft, wertvolle Zeit vergeudet, freut sich vor allem eine Seite. Putin? Wahrscheinlich auch. Aber vor allem Rüstungsunternehmen wie Rheinmetall profitieren massiv von der Schuldenaufnahmebereitschaft der Bundesregierung. Die Aktie des größten deutschen Rüstungsherstellers ist allein in diesem Jahr um über 180 Prozent gestiegen, und die sprudelnden Staatsaufträge werden gerne für Milliardeninvestitionen unter anderem in Bulgarien und anderen europäischen Ländern genutzt, um dort neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Kritische Fragen über Effizienz und Sinnhaftigkeit der Staatsausgaben, die vor allem der Rüstungsindustrie zugutekommen, werden in der öffentlichen Debatte nur selten gestellt. Das Narrativ der Bedrohung verdrängt die Diskussion über gesellschaftliche Kosten und Alternativen.

Eine Strompreissenkung wird abgelehnt

Beim Sondervermögen Infrastruktur wird deutlich, dass die Gelder endlich sind – trotz Rekordschuldenaufnahme. Allein die Deutsche Bahn beansprucht 150 Milliarden von den insgesamt verfügbaren 500 Milliarden Euro, größtenteils für Sanierungen, während der dringend benötigte Streckenausbau noch deutlich teurer wäre. Weitere 100 Milliarden Euro sollen als Unterstützung an die Kommunen gehen, die bereits jetzt klagen, dass diese Mittel nicht ausreichen.

Während parallel Milliarden in Rüstung fließen, bleiben zentrale gesellschaftliche Anliegen, die eine wahre Entlastung der Bürger darstellen könnten, auf der Strecke. Eine Strompreissenkung für alle wird mit 5,4 Milliarden Euro als zu teuer abgelehnt; die Lücke in der gesetzlichen Krankenversicherung in Höhe von zwei Milliarden Euro soll durch Kürzungen bei Krankenhäusern geschlossen werden. Ob die Beitragszahlungen damit stabil bleiben oder trotzdem steigen, wie jüngst angekündigt, sollen die Krankenkassen entscheiden.

Die Folgen falscher Prioritäten

Wer sich in Zeiten wirtschaftlicher Rezession in Rekordschulden stürzt, die strukturellen Probleme des Landes vernachlässigt, die Kernindustrien aufgrund hoher Energiekosten und fehlender Absatzmärkte alleine lässt, aber stattdessen übertriebene Mittel für die eigene militärische Aufrüstung ausgibt, die keinen echten Mehrwert schafft – vor allem dann nicht, wenn sie im Ausland produziert wird –, kann Deutschland nicht voranbringen.

Der Traum von der größten konventionellen Armee Europas, wie ihn Bundeskanzler Merz propagiert, verschiebt die Debatte von wirtschaftlicher Stabilität und sozialer Absicherung auf militärische Prestigeprojekte.

Deutschland muss zunächst seine ökonomische Basis sichern, bevor es eine teure Armee aufbaut. Die heilige Kuh der alternativlosen Aufrüstung sollte deshalb endlich hinterfragt werden. Effektive Sicherheit entsteht nicht durch Panik und unbegrenzte Kredite, sondern durch kluge Prioritätensetzung, effiziente Verwaltung und eine starke Wirtschaft.

Der große Krieg kommt – ganz bestimmt

Argumente, die sich gegen eine ideenlose Aufrüstung richten, werden als naiv abgetan. Der große Hegemon Russland – dessen Wirtschaftskraft unter Sanktionen und dem zunehmenden Kriegsverlauf leidet, dessen Armee seit fast vier Jahren im Stellungskrieg in der Ostukraine feststeckt und dessen Militärausgaben weit unter der Leistung der europäischen Nato-Länder liegen und geradezu lachhaft wirken, wenn man die USA noch hinzunimmt – wird unhinterfragt als eine massive Bedrohung dargestellt, obwohl zahlreiche

Fakten dagegen sprechen.

Vielleicht lohnt ja das Innehalten und eine kritische, gesellschaftlich offene Diskussion? Für welche Bereiche könnten wir diese Milliarden besser verwenden? Auf welche Investitionen müssten wir verzichten, weil der Staat sich auf einen Krieg vorbereitet, der vielleicht niemals kommt? Bevor Deutschland weiter in die unüberschaubaren Schuldenspirale angeblich alternativloser Aufrüstung gezogen wird, muss klar sein: Effektive Sicherheit entsteht nur auf einem soliden Fundament von wirtschaftlicher Stärke, gut ausgestatteter Infrastruktur und sozialer Stabilität. Wer die Augen vor diesen Realitäten verschließt, wird am Ende weder seine Armee modernisieren, noch das Land zukunftsfähig machen. Es ist daher an der Zeit, die heilige Kuh der Wehrhaftigkeit durch bedingungslose Aufrüstung zu schlachten – bevor ihre Kosten uns vollständig erdrücken.

Haben Sie Feedback? Schreiben Sie uns! briefe@berliner-zeitung.de

Dieser Artikel wurde auf [berliner-zeitung.de](https://www.berliner-zeitung.de) veröffentlicht.